

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

24.11.1932 (No. 276)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Abzugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Rentalanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die deutsche Landwirtschaft

Von E. Leonhard Albert, Diplom-Volkswirt
III*

I. Preisstützungsmaßnahmen für die landwirtschaftliche Erzeugung.

Ausgehend von der einschneidenden Mißwirkung der Preisföhre sind für unsere Landwirtschaft zwei Gruppen von Hilfsmaßnahmen ergriffen worden:

1. Stützung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ja sogar eventuelle Verbesserung der Preisergebnisse zugunsten des Erzeugers.
2. Einführung technischer Neuerungen und Vorteile innerhalb des Erzeugungskreises zur Senkung der Herstellungskosten (Nationalisierungsmaßnahmen).

Uns interessiert heute das erste Problem, ich habe deshalb diese beiden Unterstühtungsgruppen herausgestellt, weil man hofft, durch sie die klaffende Lücke der Preisföhre zu schließen.

Unsere Landwirtschaft ist ein abgerundetes, in sich geschlossenes Ganzes. Maßnahmen, welche nur auf einen Gebietsteil oder nur auf eine Erzeugungstypen Einfluß haben sollen, wirken sich nur dann günstig aus, wenn sie im Rahmen des Gesamten gesehen und durch dieses bestimmt sind. Im Vordergrund stehen hier all die gesetzgeberischen Maßnahmen, welche man unter dem Begriff des „Landwirtschaftsschutzes“ zusammenfaßt. Man meint damit die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaftspolitik unserer Landwirtschaft, die dem Erzeuger seine jährliche Arbeit sichern sollen. Nicht ist dabei gedacht an die Hilfsmaßnahmen, die privatrechtlicher und privatwirtschaftlicher Natur sind, wie landwirtschaftliche Versicherungen usw., obwohl auch deren Endziel darin besteht, etwaige Preisrückfälle auszugleichen.

Wollen wir aber der gestellten Aufgabe gerecht werden, so müssen wir noch die Frage des Anteils, den der Landwirt an Kleinhandelspreis erhält, prüfen.

I. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die in einer Reihe von Gesetzen, Verordnungen, Notgesetzen usw. ihren Niederschlag gefunden haben, sind größtenteils bekannt; kurz zusammengefaßt sind es

1. Innerpolitisch:
 - a) Das Mithilfegesetz, dazu gehören die Umschuldungsmaßnahmen, die Steuererleichterungen, Neuregelung der landwirtschaftlichen Kreditfrage, sowie die Einführung des Vollstreckungsschutzes.
 - b) Der Vermahlungszwang für inländische Weizen, der Weimischungszwang für Hartweizenmehl zu Weizengebäck, der Hopfenverwendungszwang, der Fettverwendungszwang, der indirekte Zwang zur Verwendung von heimischen Futtermitteln, der Spiritusbeimengungszwang usw.
 - c) Kontingentierung von Edelgewächsbau (Zitrusen und Ertragsfeststellung nach dem wirklichen Bedarf), für Tabak, Zuckerrübe, in Kürze auch für Hopfen zu erwarten, selbst wenn USA. wieder nah werden wird.
 - d) Finanzielle Sicherung der Frühjahrsfeldbestellung durch einen Garantiefonds für Düngemittel usw.
2. Außenpolitisch:

Zur Stützung des landwirtschaftlichen Binnenmarktes, zur Förderung der erhöhten Eigenerzeugung wurden auf Zollpolitischem Gebiet eine Reihe von Änderungen getroffen:

Weizenzollerhöhung	von 9,50 RM. pro dz auf 25 RM.
Roggen	von 9,— RM. pro dz auf 20 RM.
Safer	von 8,— RM. pro dz auf 16 RM.
Braugerste	von 9,— RM. pro dz auf 16 RM.
Schweine	von 16,— RM. pro dz auf 40 RM.
Rinder	von 16,— RM. pro dz auf 24 RM.
Butter	von 27,50 RM. in gestaffeltem Tarif von 50—170 RM.

Dazu kommen die reinen Kontingentierungsmaßnahmen, über die gesondert zu berichten ist. Es fällt sofort auf, daß die angezeigten Maßnahmen sowohl für die Frage der Preisföhrengestaltung bedeutungsvoll sind, wie sie auch hinsichtlich der Betrachtung über die Senkung der Herstellungskosten eine beachtliche Rolle spielen können. Dies wird weiteren Ausführungen vorbehalten bleiben.

Zu diesen gesetzlichen Regelungen ist noch zu sagen, daß nach Ansicht der Landwirtschaft selbst die Böhle für Ge-

Letzte Nachrichten

Vor der Entscheidung des Reichspräsidenten

Schriftliche Antwort

BR. Berlin, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist der Reichspräsident mit seinen engeren Mitarbeitern seit den frühen Morgenstunden mit der Prüfung der Antwort Adolf Hitlers und der Vorbereitung seiner Entscheidung beschäftigt. Die Beratungen dauern gegen Mittag noch an. Bevor die Entscheidung des Reichspräsidenten ergangen ist, hat es keinen Zweck, sich an Vermutungen darüber zu beteiligen, in welcher Form die Verhandlungen mit Adolf Hitler zum Abschluß gebracht werden.

Wie eine spätere Meldung besagt, ist die Entscheidung des Reichspräsidenten dahin gefallen, daß die Antwort an Adolf Hitler schriftlich erfolgen soll. Es ist anzunehmen, daß das voraussichtlich umfangreiche Dokument die Auffassung Adolf Hitlers in sehr eingehender Form widerlegt. In politischen Kreisen wird erwartet, daß die Antwort im Laufe des späteren Nachmittags übergeben wird.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz

Frankreich das Hindernis

BR. Genf, 24. Nov. (Tel.) über die Abrüstungsfrage, die anlässlich der Aisntagung inoffiziell zwischen den Vertretern der Großmächte erörtert worden ist, sind heute vorläufig keine weiteren Besprechungen vorgesehen. Der deutsche Außenminister hat in seinen bisherigen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte, Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz zu erleichtern, volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die positive Haltung Deutschlands gegenüber der Konferenz kommt darin zum Ausdruck, daß Deutschland die Vorschläge der Simonson Rede — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare Diskussionsgrundlage über die Gleichberechtigungsfrage anerkennt. Gleichzeitig muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es dem englischen Außenminister bisher nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es in der ganzen Frage entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen.

Die Lage stellt sich im Augenblick so dar, daß Frankreich seinen Plan, der in vorläufig noch ganz unübersichtlicher Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will, in den Vordergrund stellt und nicht bereit ist, auf den Boden der Simonson Vorschläge zu treten. Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind naturgemäß für eine Konferenz der Mächte, von der in den letzten Tagen so viel gesprochen wird, die logischen Voraussetzungen nicht gegeben, denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die allein akute und von allen übrigen Großmächten gewünschte Erörterung der Simonson Vorschläge beschränkt bliebe.

Andernfalls wäre dies ein überflüssiges Konkurrenzunternehmen zur Abrüstungskonferenz. Da noch keine Anzeichen für eine Änderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.

Im Bullerjahn-Prozess teilte der Vorsitzende mit, der als Zeuge geladene Schweizer Kaufmann Eduard Biely, der bereits telegraphisch abgefragt habe, habe sich endlich bereit erklärt, sich in Basel vor dem deutschen Generalkonsulat vernehmen zu lassen.

treide als ausreichend bezeichnet werden. Bis heute war der Anreiz für Getreidebau so stark, daß unter Einbeziehung der Tatsache eines außerordentlich günstigen Erntejahres, wir in Deutschland soviel Getreide erzeugt haben, wie wir in einem Jahr verbrauchen. Wie sich aber endgültig die Frage der Böhle für Veredelungsprodukte gestalten wird, bleibt noch abzuwarten.

Diese gesetzmäßigen Festlegungen in der deutschen Agrarpolitik haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Es ist ihnen gelungen, einen gleichmäßigen Zustand zu sichern, was besonders den Bestrebungen aufwandarm (extensiv) zu wirtschaften, entgegenwirkt. Die Preise des einzelnen landwirtschaftlichen Produktes sind nicht wesentlich gehoben worden, auch nicht durch die Zollerhöhungen, da die Preisbildung mit dem Inland und seiner bestehenden Kaufkraft rechnen muß. Durch diese werden letztendlich die Preise bestimmt und reguliert (ausgewogen), man sagt dazu nur: „das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage“. Auch ist in einigen Fällen das Überangebot durch Spezialisierung im Anbau verurteilt worden und hat sich beachtlich preisdrückend ausgewirkt. Die Beibehaltung der gesetzlich getroffenen Regelungen, wie wir sie heute haben, ist zu befürworten. Dazu wird aber, unter Berücksichtigung der Entwicklung der jeweiligen Lage, ein teilweiser Ausbau der einen oder anderen Bestimmungen wohl noch hinzukommen müssen, um nötige Ausgleichs zu schaffen.

* Widersprüche

Nichts konnte die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Zeit besser beleuchten, als das Auftauchen immer neuer Interpretationen und Konstruktionen staats- und verfassungsrechtlicher Art. Der Buchstabe der Verfassung wurde zum Instrument ganz bestimmter machtpolitischer Kämpfe. Und, da es dem Menschen nur selten gegeben ist, für seine Gedanken und Wünsche einen wirklich eindeutigen Ausdruck zu finden — falls überhaupt diese Gedanken und Wünsche einheitlich sind —, ergab sich jener merkwürdige Zustand verfassungsrechtlicher Labilität, bei dem auch kühne Interpretationen immer noch durch den Wortlaut des Paragraphen irgendwie gedeckt werden konnten.

Die machtpolitischen Kämpfe waren und sind um so hartnäckiger, als nirgends ein Faktor zu erblicken ist, der in allgemein anerkannter und auch sachlich und ziffernmäßig begründeter Weise ein Plus von Macht darstellt. Weder das Parlament besitzt dieses Plus, noch der Reichspräsident. Beide sind aufeinander angewiesen. Im Parlament selbst aber gibt es ebenfalls keinen klaren Mehrheitswillen, da es bis jetzt keiner Partei beschieden war, für sich allein die Majorität bei den Wahlen zu gewinnen. Diese Gegenstände des machtpolitischen Kampfes waren es, die die Widersprüche in der Deutung und Durchführung verfassungsrechtlicher Bestimmungen hervorbrachten. Da sich aber das Bild des machtpolitischen Kampfes fortgesetzt änderte, wurde auch die Taktik widerspruchsvoll.

Betrachten wir daraufhin die Vorgänge der letzten Tage! Das Kabinett von Papen tritt zurück, und der Reichspräsident nimmt seine Demission an. Geschehen ist das doch, weil die in erster Linie Beteiligten eingesehen hatten, daß dieses Kabinett, das ein Kabinett der „nationalen Konzentration“ sein sollte, und schließlich ein „Präsidentalkabinett“ mit ganz schmaler Vertrauensbasis beim Volke war, unmöglich gegen den Willen von 90 Proz. des ganzen Volkes weiter amtierem konnte. Die Demission und ihre Annahme war also zunächst, wie wir schon vorgeföhrt an dieser Stelle betonten, eine Rückkehr zu den Grundföhren des parlamentarischen Systems. Aber nur eine verkaufte! Denn es wurde nun nicht etwa der Auftrag erteilt, ein rein parlamentarisches Kabinett zu bilden, sondern es wurde der Auftrag erteilt, auf parteimäßiger Grundlage eine Regierung zu bilden, die von vornherein an ganz bestimmte Vorbehalte von seiten des Reichspräsidenten gebunden sein sollte.

Wenn jetzt darauf hingewiesen wird, daß auch bei allen früheren Beauftragungen durch den Reichspräsidenten den Beauftragten eine Weisung mit auf den Weg gegeben wurde, so ist das richtig. Aber es handelte sich in den früheren Fällen eben immer nur um eine ganz kurze Weisung allgemein politischer Natur, und nicht um eine Häufung von vielen Vorbehalten.

Über diese Vorbehalte des Reichspräsidenten ist viel gestritten worden. Bis jetzt ist noch keine einwandfreie Darstellung ihres Wortlauts veröffentlicht worden. Wenn sie so gelautet haben, wie sie in einem Teil der Presse wiedergegeben wurden, dann waren sie, bei Tageslicht gesehen, eigentlich nichts anderes, als eine Verpflichtung für das neue Kabinett, die Politik des Kabinetts von Papen in ihren wesentlichen Punkten fortzusetzen.

Es hätte also nur ein Wechsel der Personen und eine Vereinnahmung der Nationalsozialisten in den Bezirk politischer Machtausübung stattgefunden — in den politischen Kernpunkten aber wäre alles beim Alten geblieben. Man kann sich kaum vorstellen, daß die Behauptung richtig ist, nach welcher die Parteiföhren und auch Hitler selbst bei ihren Empfängen ausdrücklich die Annahme jener Vorbehalte zugesagt hätten. Der Widerspruch wird sich wohl dadurch aufklären lassen, daß die Vorbehalte nicht eindeutig genug formuliert waren, und daß jeder darunter etwas anderes verstanden hat.

Noch bedeutungsvoller aber ist der Widerspruch zu beurteilen, der sich durch die Aufstellung jener Vorbehalte selbst ergab. Entweder parlamentarisches Kabinett oder Präsidentskabinett! Das mußte die Lösung sein. Faktisch ist der Versuch gemacht worden, Herrn Hitler ein Kabinett bilden zu lassen, das eine höchst widerspruchsvolle Mischung von beidem bedeutet. Auf parlamentarischer Grundlage fußend, hätte dieses Kabinett in den Vorbehalten eine Politik führen müssen, die von der des Herrn von Papen kaum noch abwich. Und so ist es über diese Vorbehalte zum Scheitern der Mission Hitlers gekommen. Nach tagelangen Besprechungen Hitlers mit

* S. Nr. 249 und 252 der „Karlsruher Zeitung“.

seinen Unterführern hat er sich entschlossen, den Auftrag abzulehnen.

Offenbar hat Hitler erst gar nicht festzustellen versucht, ob er eine parlamentarische Grundlage für sein Kabinett finden könnte. Jedenfalls sind dahingehende Besprechungen weder mit dem Zentrum noch mit der Bayerischen Volkspartei noch mit den Deutschnationalen geführt worden.

Möglich ist aber auch, daß im Kreise dieser Unterführer von vornherein eine nicht zu überwindende Abneigung gegen die Schaffung einer parlamentarischen Grundlage, d. h. praktisch gegen eine Koalition mit dem Zentrum bestand.

Die Frage ist nur die, wie nach dem Willen Hitlers und seiner Unterführer diese Beteiligung aussehen soll. Da die Denkschrift nicht veröffentlicht worden ist, befindet man sich hierüber im Unklaren.

Daß die Idee des Präsidialkabinetts keine sehr glückliche ist, hat die Geschichte des Kabinetts von Papen erwiesen. Ein Präsidialkabinett kann nur dann einigermaßen aussichtsreich amtierem, wenn die Männer, die es bilden, und vor allem der Reichskanzler selbst, ein großes Kapital von Vertrauen im Volke besitzen.

Interessant ist die Tatsache, daß neuerdings von einem Wiederaufleben der Harzburger Front gesprochen wird. Der Herzog von Koburg und Dr. Schacht hätten zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen energisch vermittelt.

Weltwirtschaftskonferenz erst Anfang Mai. Der Organisationsausschuß des Völkerbundesrates für die Londoner Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz, dem auch amerikanische Vertreter angehören, beschloß am Dienstag, die wirtschaftlichen und finanziellen Sachverständigen zu einer zweiten Tagung auf Anfang Januar einzuberufen.

Der Autonomist Emil Fink. In Homburg vor der Höhe ist dieser Tage der bekannte elsässische Autonomistenführer Emil Fink an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Die schweizerische Arbeitsmarktlage. Nach einer Mitteilung des schweizerischen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit betrug die Zahl der Stellungsuchenden Ende Oktober 59 127, gegenüber 49 532 Ende September d. J. und 27 783 Ende Oktober 1931.

Der Völkerbundrat beauftragte am Mittwoch den englischen Außenminister als Berichterstatter für die Danziger Fragen, in den nächsten Tagen einen Bericht über die Regelung der durch die Einführung der Rhotwährung bei den Danziger Eisenbahnen aufgeworfenen Fragen zu unterbreiten.

Die Verhandlungen im Reich

Die zweite Antwort Hitlers

Amlich wurde am Mittwochabend mitgeteilt: Die Antwort Adolf Hitlers auf das Schreiben des Staatssekretärs Meißner (vom Dienstag) wurde am Mittwoch, 6.30 Uhr nachmittags, durch den Reichspräsidenten Göring dem Staatssekretär Meißner übergeben.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilte dazu mit: „Die Antwort bringt — unter eingehender Begründung — zum Ausdruck, daß Adolf Hitler den ihm vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen kann, weil er in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich undurchführbar ist.“

Der Vorschlag schließt mit dem Versprechen Adolf Hitlers, bei seiner Annahme sowohl seine Person wie auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und damit für die Errettung des Vaterlandes einzusetzen.

Ein offiziöser Kommentar

Zu der Antwort Hitlers wird gemeldet: Die ersten sechs Seiten enthalten eine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Argumenten des Dienstag-Briefes des Staatssekretärs Meißner an Adolf Hitler. Der eigentliche Vorschlag Hitlers ist in den letzten anderthalb Seiten enthalten.

Dieses Bestreben wird um so fester eingeschätzt, als die Art, wie die Antwort Hitlers in den nationalsozialistischen Kommuniqué bekanntgegeben wurde, außerordentlich stark befehdet hat. Nach Auffassung politischer Kreise enthält das nationalsozialistische Kommuniqué eine ungewöhnliche Kritik an der Reichspräsidentenwahl.

So mußte der Reichspräsident den bestimmten Eindruck gewinnen, daß eine parlamentarische Mehrheitsbildung auf Grund der am Montag bereits veröffentlichten fünf Punkte möglich sei. In diesem Sinne ist das Ersuchen des Reichspräsidenten eine direkte Fortsetzung der Besprechung, die er am Samstagmittag mit Adolf Hitler gehabt hat.

Bei der Bildung des Kabinetts Brüning hat der Reichspräsident am 28. März 1930 erklärt, daß es ihm nicht zweckmäßig erscheine, die fünftägige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen.

Adolf Hitler hat in seiner Antwort seinerseits eine Art Verfahren für die weiteren Verhandlungen um die Kabinettsneubildung vorgeschlagen, ohne übrigens bereits eine Ministerliste aufzustellen. Die Entscheidung über das Verfahren liegt nun selbstverständlich beim Reichspräsidenten.

der Auftrag erteilt werden würde, in einer genauer bezeichneten Frist in der Lage sei, die Krise zu lösen.

Ergebenheitsklärung nationalsozialistischer Führer für Hitler

Die Abgeordneten Fric, Göbbels, Göring, Röhm und Straßner haben am Mittwoch die folgende Erklärung an Adolf Hitler überreicht:

„Wie seit Bestehen der NSDAP, besonders in politisch erregten Zeiten üblich, veröffentlicht die gegnerische Presse auch jetzt wieder in verschiedenartiger Aufmachung aus der Luft gegriffene Meldungen über angebliche Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft.“

Ein Dementi der Bayerischen Volkspartei

M. Berlin, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskorrespondenz der Bayerischen Volkspartei stellt mit Rücksicht auf wiederholt veröffentlichte, irreführende Pressemeldungen ausdrücklich fest, daß der Führer der Bayer. Volkspartei, Staatsrat Schäffer, über die Stellung der Bayer. Volkspartei zur bisherigen Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung überhaupt nicht gefragt worden ist.

Der Kampf um den Zahlungsaufschub

Ablehnende Haltung Amerikas

Präsident Hoover lehnte am Mittwoch in einem ausführlichen Exposé Streichung oder Aufschub der Kriegsschuldentagungen ab, folgend jedoch vor, die amerikanischen Delegierten auf der Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenz zu Verhandlungen mit den Schuldnerregierungen zu bevollmächtigen.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhange auf eine Verminderung der Rüstungsausgaben als eines der möglichen Mittel oder, als ein anderes, die Anbahnung eines lebhafteren Warenverkehrs sowie sonstige Methoden, die jedoch die Kosten des amerikanischen Steuerzahlers nicht erhöhen dürfen.

Die amerikanische Antwort an Frankreich und England wurde am Mittwoch überreicht. Roosevelt erklärte, die Schulden hätten mit Reparationen nichts zu tun. Die Kriegsschulden seien Darlehen, die zurückgezahlt werden müßten.

Die Aufnahme in London und Paris

M. London, 24. Nov. (Tel.) Die Morgenblätter zeigen keine Neigung, die gestrige Erklärung Hoovers allzu traurig zu nehmen. Der allgemeine Eindruck ist, daß der Präsident die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht geschlossen hat.

M. Paris, 24. Nov. (Tel.) Zu der amerikanischen Ablehnung der Moratoriumsgehende schreibt „Journal“, wenn auch die Entscheidung des Präsidenten Hoover nicht völlig unerwartet gewesen sei, werde sie doch in Europa eine sehr lebhafteste Enttäuschung auslösen.

Kleine Chronik

Zu dem gemeldeten Sprengstoff-Fund, auf der Eisenbahnstrecke Münster-Hamm, teilt die Polizei mit, daß in einem Zementfaß mit der Aufschrift „Bedum Portland-Zement 50 kg“ 1 1/2 Kilogramm loser Sprengstoff gefunden wurde.

Der Doppelmörder Ginram, der vor ungefähr 14 Tagen in Dortmund-Glinghausen in einem kleinen Bauernhaus zwei Frauen durch Revolvergeschüsse getötet und aus der Wohnung etwa 800 RM. geraubt hatte, wurde heute, Donnerstag vormittag in Castro-Nauzel tot aus der Emscher geborgen.

Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin, dem nationalsozialistischen Hauptquartier, stießen am Mittwoch kommunistische Demonstranten auf gegen Hitler und seine Parteiführung aus. Es kam zu einem Handgemenge mit den Nationalsozialisten, das jedoch von der Polizei im Keime erstickt werden konnte.

Vor dem Schöffengericht Berlin begann ein neuer Diebstahlprozeß, bei dem sieben Personen angeklagt sind, ausländische Effekten im Werte von 200 000 RM. veräußert und den Erlös ans Ausland gegeben zu haben.

In Linz (Oberösterreich) wurde der 58 Jahre alte Fleischer-geselle Franz Leitgöb wegen siebenfachen Mordes zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Unmittelbar nach der Verurteilung des Urteils sprang Leitgöb durch das Fenster des Schwurgerichtssaales auf die Straße hinunter und versuchte zu entkommen.

Volfgang von Gronau ist mit den drei Gefährten, die ihn auf seinem ganzen Fluge um die Welt begleiteten, am Mittwoch, kurz vor 16 Uhr, im Dorner-Wal wieder im Flughafen Liss auf Eist, eingetroffen, wo sein Flug um die Welt seinen Ausgang genommen hatte. Die letzte Etappe vom Süden nach dem Norden Deutschlands hatte sechs Stunden gedauert.

Aus den Ländern

Eine Sitzung des preussischen Staatsrats

BRN. Berlin, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Der Preussische Staatsrat ist heute wieder zu einem Tagungsabschnitt zusammengetreten. Neben Dr. Girtjeser nahmen auch andere Mitglieder des Kabinetts Braun an der Sitzung teil.

Der Verfassungsausschuss des preussischen Staatsrats legte am Mittwoch seine Stellungnahme zur Frage Preußen-Reich in einem Antrag nieder, wonach der Staatsrat eine neue Klage vor dem Staatsgerichtshof zur Klärung der verschiedenen Streitpunkte für notwendig hält.

Der preussische Ministerpräsident Braun ist seit Sonntag an einer Halsentzündung erkrankt und bettlägerig. Infolgedessen wird ihn heute und in den nächsten Tagen Minister Girtjeser im Staatsrat und Landtag vertreten. Auch die geplante Rede vor dem Landtagsplenum wird Minister Girtjeser halten.

Die Nationalsozialisten im Bayerischen Landtag wieder zugelassen

Das Plenum des Bayerischen Landtags beschloß in der ersten Sitzung nach der parlamentarischen Pause am Dienstagmorgen, nach einer Erklärung des Landtagspräsidenten Stang und nach einem Protest der Kommunisten, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die seit dem 17. Juni ausgeschlossenen Nationalsozialisten wieder zu den Sitzungen zuzulassen. Der Präsident gab dann bekannt, daß die nationalsozialistische Fraktion ihn zu der Mitteilung ermächtigt habe, daß die nationalsozialistische Fraktion nach dieser Regelung ihre beim Staatsgerichtshof eingebrachte Klage zurückziehen werde. Darauf wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme nahmen auch die Nationalsozialisten wieder an den Beratungen teil.

Septemberbilanz der politischen Zusammenstöße in Preußen. Im Monat September ereigneten sich im Staatsgebiet Preußens 304 politische Zusammenstöße. Davon waren nach polizeilicher Feststellung in 139 Fällen (45,7 Proz.) Kommunisten die Angreifer, in 100 Fällen (32,9 Proz.) die Nationalsozialisten, in 21 Fällen (6,9 Proz.) Reichsbanner und ihm nahestehende Gruppen. In den übrigen Fällen konnte die Schuldfrage polizeilich nicht geklärt werden. An Toten gab es in der genannten Zeit einen Kommunisten, der von einem Polizeibeamten erschossen wurde. Verletzt wurden 272 Personen.

Schlachtsteuer in Mecklenburg-Schwerin. Um den Fehlbetrag im Staatshaushaltsplan in Höhe von 8 Millionen Reichsmark zu decken, hat die mecklenburg-schwerinsche Staatsregierung die bereits angekündigte Schlachtsteuerverordnung erlassen.

Salfische Gerüchte über Verflechtung von Staatsgelbern

Eine Erklärung der Deutschen Reichspost

Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit: In einem Berliner Blatt wird in einem Bericht über angebliche Verflechtungen bei der „Gemeinnützigen Beamtenfiedlung Heimbau e. G. m. b. H.“ behauptet, hierbei seien über 1 1/2 Millionen Staatsgelder verschleudert worden. Hierzu wird amtlich mitgeteilt:

In der Finanzierung der von der Heimbau e. G. m. b. H. errichteten Wohnbauten im Gesamtumfang von 11 Millionen RM sind verschiedene öffentliche Verwaltungen beteiligt. Unter diesen hat die Deutsche Reichspost Arbeitsverteilungsbüros in Höhe von rund einer Million 150 000 RM gegeben, um für 600 wohnungslose Postbeamte Wohnraum zu beschaffen. Außerdem wurden für zweifelhafte, von anderer Seite hergegebene Hypotheken Bürgschaften in Höhe von 500 000 RM übernommen. Die Herkunft dieser Mittel und die Übernahme der Bürgschaften ist streng nach den vom Reichsarbeitsministerium erlassenen Bestimmungen erfolgt. Die Summen sind bündlich getrennt und nach der Überzeugung der Deutschen Reichspost auch durch den Konkurs der Heimbau nicht gefährdet. Denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die fraglichen Hypotheken bei der Zwangsversteigerung der Grundstücke voll ausgeboten werden.

Der Oberpostinspektor, Franz Fromm, der früher der Bauabteilung der Berliner Oberpostdirektion angehört, ist in Uffersleben unter dem dringenden Verdacht der Bestechung verhaftet worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Berliner Heimbau-Gemeinnützige Beamtenfiedlung e. G. m. b. H. Es werden nicht nur gegen Fromm Beschuldigungen erhoben, sondern auch gegen den Aufsichtsrat der „Heimbau“, den früheren Reichspostminister Giesberts und den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Thabor.

Kurze Nachrichten

Die Wirtschaft und die Wagemann-Pläne. Einige große Wirtschaftsverbände haben in einer Eingabe die Aufmerksamkeit der Reichsregierung darauf gelenkt, daß die letzte Veröffentlichung Professor Wagemanns „Was ist Geld?“, möglicherweise geeignet sei, Beunruhigung in Wirtschaftskreisen zu erzeugen.

Reichshilfe für die Transp-Schiffahrt abgeschlossen. Die im Mai d. J. von der Reichsregierung durch Übernahme von Garantien für Bankkredite eingeleitete Sütungsaktion für die Transp-Schiffahrt und die kleineren Linien-Neubereitungen ist durchgeführt und zum Abschluß gelangt. Von den eingegangenen Anmeldungen haben mehr als die Hälfte Berücksichtigung gefunden. Eine Fort- oder Wiederaufnahme der Aktion ist nicht beabsichtigt.

Fischereiausschuss „Weser“ auf der Themse. Offiziere und Mannschaften des deutschen Fischereiausschusses „Weser“, das gegenwärtig auf der Themse gegenüber Gravesend vor Anker liegt, statten gestern, Mittwoch, London einen Besuch ab, der auch einer Besichtigung des Tower gewidmet war. Es ist das erste Mal seit dem Kriege, daß ein deutsches Marinefahrzeug auf der Themse anker.

Keine Übertragung der Rede Trozki im dänischen Rundfunk. Wie „Berlingske Tidende“ mitteilt, hat der Staatl. Dän. Rundfunk ein Erlaß, eine Rede Trozki, der gestern in Kopenhagen eingetroffen ist, über die dänischen Sender zu verbreiten, abgelehnt. Somit muß auch die Übertragung nach Amerika ausfallen.

Kloppdampfer vor der Ausreise unter russischer Flagge. BRN. Bremen, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Nachdem die ersten von Russland angekauften Schiffe des Norddeutschen Lloyd bereits unter russischer Flagge die Reise nach ihren Bestimmungsorten angetreten haben, werden weitere Dampfer von Bremen abgefertigt. Es handelt sich um die Dampfer „Anhalt“, „Morla“, „Immo“, „Dvo“ und „Pala“, die in der Ausreise begriffen sind und bald ausreisen werden. Die russischen Befehlungen sind schon an Bord gegangen.

Berühmte Bittennunabgelegtes Schuhwerk und um Kleidungsstücke

Täglich mehren sich die Hilferufe aus armen Notdürftern Badens. Es ist für ausgesteuerte Familienväter angesichts der niedrigen Unterhaltungsätze einfach unmöglich, für sich und eine mehrköpfige Familie Schuhe und Kleidungsstücke zu kaufen. Was in früheren Jahren angeschafft werden konnte, ist verbraucht. Die Schuhe sind zerrissen; sehr oft fehlt sogar das Geld zum Einkaufen. Die Kleider sind bis auf ein Maß abgetragen, das schlechthin unerträglich ist. Man muß solche Familienväter in ihren arbeitslosen Kleidern einmal gesehen haben, sie von ihrer Not erzählen hören; man muß wissen, wie diese Väter und Mütter ihr unbedientes Schicksal ertragen, wie viele Sorgen sie sich um ihre Kinder machen, bei denen der Mangel an gutem Schuhwerk, an warmen Winterkleidern schon im Vorjahre anerkanntermaßen beängstigend war.

Dies muß geholfen werden! Hier öffnet sich für uns alle ein Tätigkeitsfeld der Nächsten- und Kinderliebe. Um helfen zu können, bittet die Badische Notgemeinschaft, deren Tätigkeit sich auf hundert badische Notdürfter erstreckt, alle guten Menschen, die selber Vater und Mutter sind, dieser Not zu gedenken. Bei dieser großen Volksnot sollten alle getragenen Schuhe und jedes abgelegte Kleidungsstück der Winterhilfe zugeführt werden. Es besteht dafür lausenfache Verwendung in armen Familien, die für solche Hilfeleistung — auch das muß man einmal gesehen haben — von Herzen dankbar sind.

Helfst uns helfen! Geht oder schickt eure abgelegten Kleider und getragenes Schuhwerk an die Winterhilfe, die notfalls gerne solche Sachspenden abholen läßt, wenn zuvor Benachrichtigung erfolgt. Jede Gabe wird sorgfältig verwendet und an Notleidende weitergegeben. Wenn jeder etwas hilft, wird ein groß Stück gelindert werden können. Wer wirklich armen und wirklich bedürftigen Familien und deren Kindern in armen Dorfgemeinden Badens helfen kann und helfen will, schide bitte seine Gabe an die

Badische Notgemeinschaft, Landesgeschäftsstelle Karlsruhe, Friedrichsplatz 7, Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 360, die alle Gaben unter herzlichem Dank weiterleiten wird.

Badischer Teil

Die Verträge mit den Kirchen

Am nächsten Mittwoch Konfordsratsberatung im Plenum

Das Plenum des Badischen Landtags ist zu einer Sitzung am Mittwoch, den 30. November, vormittags 10 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Kirchenverträge mit der katholischen und der evangelisch-protestantischen Kirche.

Die Tagesordnung der am Mittwoch, den 30. November 1932, vormittags 10 Uhr beginnenden Sitzung lautet:

1. Mitteilung der Eingänge. 2. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über a) den Entwurf eines Gesetzes zum dem Vertrag (Konfordat) des Freistaates Baden mit dem Heiligen Stuhl samt einschlägigem Antrag und Gesuchen, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr; b) den Entwurf eines Gesetzes zum dem Vertrag des Freistaates Baden mit der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr. Weitere Gegenstände vorbehalten.

Die Abstimmung über die Konfordate im Haushaltsausschuss

Am Mittwochvormittag erfolgte, wie schon gemeldet, im Haushaltsausschuss des Landtags die Abstimmung über die beiden Kirchenverträge. Abgegeben wurden 10 Stimmen für und eine Stimme gegen die Verträge. Sechs Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Mit Ja stimmten die Zentrumsabgeordneten und Mitglieder der Deutschen Volkspartei und Wirtschaftspartei, die letzteren mit der Einschränkung, daß ihre Abstimmung für ihre Fraktionen nicht bindend seien. Mit Nein stimmte Hopfing, während Sozialdemokraten und der nationalsozialistische Vertreter sich der Stimme enthielten, ebenfalls mit der ausdrücklichen Erklärung, daß man aus ihrer Haltung keine Rückschlüsse auf die Abstimmung im Plenum ziehen dürfe.

Annahme des Staatsvertrags in der Landesynode

In zwei Sitzungen am Mittwochvormittag und nachmittags nahm die Evangelische Landesynode die zweite Lesung des Staatsvertrags vor. Es entspann sich wiederum über verschiedene Punkte, vor allem über das Berufungsverfahren an der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg und über Schule und Religionsunterricht eine sehr ausgedehnte Aussprache. Kirchenpräsident D. Wuth bemerkte zum Religionsunterricht, eine Beunruhigung der Lehrerschaft, als ob die evangelische Kirche eine Anrechnung der Lehrer herbeiführen wolle, sei völlig unbegründet. Die Prüfungsprotokolle in Baden zeigten seit Jahren, daß die evangelische Lehrerschaft den Religionsunterricht mit Freuden und Erfolg erteile.

Bei der nun folgenden Abstimmung der zweiten Lesung waren von 63 Abgeordneten 59 im Hause anwesend. Mit Ja stimmten 33, mit Nein 21 Abgeordnete. Der Staatsvertrag war damit auch in zweiter Lesung angenommen.

Gegen die Stimmen der Liberalen und der Religiösen Sozialisten nahm die Evangelische Landesynode mit großer Mehrheit folgende Entschließung an, die seitens der Kirchenregierung vorgelegt wurde:

„Die Evangelische Landesynode hat zwar der Vorlage des Staatsvertrages zugestimmt, sie stellt aber fest, daß der evangelisch-protestantischen Landeskirche der genügende Einfluß auf die Regelung der theologischen Lehrstühle an der Universität Heidelberg nicht eingeräumt und infolgedessen der Vertrag der evangelischen Kirche mit dem badischen Staat nicht als gleichwertig mit dem entsprechenden Vertrag der katholischen Kirche anerkannt werden kann.“

Einstimmig wurde sodann eine Entschließung der Liberalen angenommen, die verlangt, daß an der bisherigen bewährten Form der Simultanlehre festgehalten werden soll.

Jahresfeier der Universität Heidelberg. Die Heidelberger Universität feierte am Dienstagmorgen in der neuen Aula ihren Gründungstag und in Verbindung damit die Rektoratsübergabe. Der Rektor, Prof. Dr. Erdmannsdorffer, erstattete den Jahresbericht. Dann hielt der neu gewählte Rektor, der Historiker Professor Willy Andreas, die Festrede. Sie behandelte den Freund Goethes, Carl August von Weimar; sie gab ein lebendiges Bild vom Wesen dieser eigenartigen Persönlichkeit und charakterisierte eingehend den Staatsmann in seinem Verhältnis zur deutschen Frage. Die Feier, der Vertreter der Regierung und der Stadt beiwohnten, war von musikalischen Vorträgen umrahmt.

Lebensrettung

** Das Staatsministerium hat dem städtischen Tagelöhner Nikolaus August Mohr in Heidelberg, Kleine Mantelgasse 2, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt

Das Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 55 enthält Bekanntmachungen des Staatsministeriums über die Bürgerschaft des Landes Baden für die Zahlungsverpflichtungen badischer Landgemeinden aus der Lieferung von verbilligtem Roggenmehl, Bekanntmachungen des Justizministers über die Führung der Grund- und Pfandbücher in der Zwischenzeit, über die Inkraftsetzung des reichsgerichtlichen Grundbuchrechtes und eine Verichtigung zur Verordnung über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen und der Badischen Kommunalen Landesbank-Zentralstelle.

Aus der badischen Industrie

Um den Versuchsschacht im Kohlengraben bei Bergshaupten. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind nunmehr die noch gewünschten 20 000 RM. Reichszuschuß zur Finanzierung eines Versuchsschachtes im Kohlengraben an die Handelskammer in Lahe überwiesen worden. Somit wären zu diesem Zwecke 40 000 RM. bereitgestellt. Der Versuchsschacht wird voraussichtlich in der Nähe des alten Karl-Friedrich-Schachtes beim Friedhof in Betrieb genommen werden. Der Versuch wird wohl erst im nächsten Frühjahr unternommen werden.

Tagungen

Der Verband der Lichtspieltheaterbesitzer von Baden, Pfalz und Saar, hielt eine außerordentliche Hauptversammlung in Karlsruhe ab. Der erste Vorsitzende, G. Kienle, berichtete über die Lage des Filmgewerbes. Noch niemals habe es im Lichtspielgewerbe so verzweifelt schlecht ausgesehen, wie in den letzten Monaten, was in den Zusammenbrüchen von Verleiherfirmen zum Ausdruck kommt. Eine Besserung könne für die Theaterbesitzer nur durch eine strengere Organisation erreicht werden. Der Verleiherorganisation, der sich jetzt alle Verleiher bis auf einen angeschlossen haben, müsse ein Verband aller Lichtspieltheaterbesitzer gegenüberstellen. Es sei zu fordern, daß zukünftig der organisierte Verleiher nur dem organisierten Theaterbesitzer einen Film überlassen darf. Der Verband habe besonders die gegenseitige Unterbietung der Eintrittspreise zu beachten. Es sei zu begrüßen, daß die Verleiher ein vollständiges Filmprogramm in Länge von 3200 Meter liefern, um zu verhindern, daß aus Konkurrenzgründen zwei Schieferfilme gebracht werden. Mit noch größerem Nachdruck wie bisher gelte es, die alte Forderung nach Befreiung oder zumindest Erabsetzung der Vermögenssteuer zu vertreten. In der Aussprache, die zum Teil recht lebhaft formen annahm, ergriffen zahlreiche Vertreter aus allen Teilen des Verbandsgebietes das Wort. Es sei zur Selbsthilfe zu greifen, wenn die Städte das Steuerrecht nicht beseitigen. Eine baldige Regelung müsse vor allem in der Versteuerung der verbilligten Erwerbslosenarten kommen. Der Vorsitzende teilte am Schluß mit, daß der Verband im Frühjahr sein 25jähriges Bestehen feiern kann. Die nächste ordentliche Hauptversammlung findet am 23. Januar 1933 in Karlsruhe statt.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Landshausen (Amt Bruchsal) wurde im zweiten Wahlgang, bei nur zwei Kandidaten, Josef Rast zum Gemeindevorstand gewählt, und zwar mit 273 Stimmen. Auf Rast entfielen 233 Stimmen. — In Dienheim (bei Badstut) sind von 240 Wahlberechtigten nur 64 Personen zur Urne gegangen. Von deren Stimmen entfielen 48 auf den in den Lonza-Werten beschäftigten Kandidaten Emil Sutter und 10 auf den gar nicht kandidierenden Bürgermeisterstellvertreter, Landwirt Oswald Schürbe. Etwa 8 Stimmen waren zerplittert. Die Wahl ist natürlich ergebnislos geblieben, so daß noch einmal gewählt werden muß. — In Blumegg (Amt Badstut) wurde Landwirt Paul Reubler gewählt. Von 169 Wahlberechtigten erhielt er 92 Stimmen. Sein Gegenkandidat Adolf Duttlinger erhielt 63 Stimmen.

Ungeklärte Zahlungsmittel. Auf Grund eines Ministererlasses wurden die bisher von der Gemeinde Brühl (bei Schwetzingen) ausgegebenen Gutscheine wieder aus dem Verkehr genommen, da sie als ungeklärte Zahlungsmittel angesehen werden mußten.

Ableinverarbeiten bei Rehl. Im Rahmen des von der Reichsregierung eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsprogramms werden abwärts von Rehl Arbeiten durchgeführt, die das Abflachen steiler Ufer begünstigen und einen Kostenaufwand von rund 850 000 RM. erfordern. So werden bei den Gemarkungen Rehl, Leutesheim, Honau, Diersheim, Freistett, Lichtenau und Greftern die Ableinverarbeiten, die besonders den Wasserangriffen ausgesetzt sind, verstärkt und flacher abgeflacht. Die Ausführung, bei der die Verfestigung der Gerölle den Hauptteil ausmacht, ist an eine Anzahl von Steinbruchunternehmen aus dem Aher- und Bühlerthal vergeben. Die Steinbrüche können dadurch eine Anzahl Erwerbsloser wieder beschäftigen. An Erwerbslosen tagelöhner fallen auf der Baustelle 14 500, in den Steinbrüchen 7500, zusammen 22 000 Tagelöhner an.

Gasfernversorgung Emmendingen-Teningen. Der Bürgerausschuss Emmendingen genehmigte mit einem Aufwand von 25 000 RM. die Erstellung der Gasfernversorgung nach Teningen. Die Fraco-Werke in Teningen haben sich verpflichtet, auf die Dauer von sechs Jahren jährlich mindestens 25 000 Kubikmeter Gas abzunehmen. Außerdem wird mit einem weiteren Gasverbrauch von 18 000 Kubikmeter jährlich gerechnet.

Aus dem Bürgerausschuss Emmendingen. Am 11. November tagte nach längerer Pause der Bürgerausschuss unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Zülle. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Ausführung von Notstandsarbeiten, und zwar Neuanlegung eines Waldweges auf dem Mettenberg. Durch diese Maßnahme ist es möglich, einen großen Teil der hiesigen Erwerbslosen voraussichtlich bis zum Schluß dieses Jahres zu beschäftigen. Es ist dies die dritte größere Notstandsarbeit im Laufe dieses Jahres. Der nächste Punkt betraf den Ankauf von Bau- und sonstigen Gelände. Beide Vorlagen fanden einstimmige Annahme.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	24. November		23. November	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	71.03	71.17	71.53	71.67
Italien . . . 100 L.	21.54	21.58	21.55	21.59
London . . . 1 Pfd.	13.65	13.69	13.76	13.80
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	80.92	81.08	80.92	81.02
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.495	12.465	12.485

